

Thomas Mücke, Mitbegründer und Geschäftsführer von Violence Prevention Network gGmbH

1. Eine europaweit einmalige Präventionsstrategie in Deutschland

In den letzten zehn Jahren haben Behörden und Fachkräfte der Zivilgesellschaft zusammen ein bundesweites, professionelles und vielfältiges Netzwerkangebot im Bereich der Deradikalisierungsarbeit entwickelt, in dem zivilgesellschaftliche Organisationen einen wichtigen Platz eingenommen haben. Vor allem Bundes- und Länderprogramme haben diese Programmstrukturen aufgebaut und finanziert, bisher aber leider versäumt, diese Angebotsstrukturen zu verstetigen. Die Konzepte der Deradikalisierungsarbeit werden fortlaufend fachlich begleitet, fremdevaluiert und unter Einbezug wissenschaftlicher Erkenntnisse weiterentwickelt, um auf die aktuellen Herausforderungen des Extremismus rechtzeitig reagieren zu können. Zu diesen professionellen Strukturen gehören u. a.:

- Die Austauschformate zwischen den zivilgesellschaftlichen Trägern: Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG ReEx) und Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX)
- Die Austauschformate zwischen den (zivilgesellschaftlichen) Trägern der Deradikalisierungsarbeit und den (staatlichen) Behörden
- Das Schaffen von Arbeitsstrukturen in der Zusammenarbeit von Deradikalisierungsakteur*innen und Sicherheitsbehörden bei gefahrenrelevanten Fällen
- Ein Bedrohungsmanagement, um konkrete Gefahrenhinweise erkennen und darauf reagieren zu können
- Die abgestimmte Arbeit mit Syrienrückkehrer*innen - durch das Wirken der Rückkehr*innen-Koordination in den relevanten sieben Bundesländern
- Das bundesweit angelegte Deradikalisierungsprogramm im Strafvollzug (im Rahmen des Programms „Demokratie Leben!“)
- Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis, um u. a. diagnostische Instrumente zur Verfügung zu haben, die eine Betreuungsperspektive konkretisieren und Distanzierungsschritte messbar machen
- Die Einbeziehung der Psychotherapie in die Extremismuserbeit, wie es in einigen Programmen bereits etabliert wird

Die Strukturen werden stets reflektiert und weiterentwickelt, die Angebote sind innovationsfreudig. Diese wenigen Schlaglichter zeigen bereits, dass wir in Deutschland keine neue Strategie benötigen, sondern viel mehr die bisherigen Strukturen und Angebote festigen, ausbauen und verstetigen müssen. Durch die bisherige Extremismuspräventionsarbeit konnten für gefährdete

(junge) Menschen Angebote geschaffen werden, die umfassende Distanzierungsprozesse ermöglichen. Dies hat zur Schwächung der extremistischen Szenen beigetragen und folgt der Zielsetzung der Extremismuspräventionsarbeit, den extremistischen Akteur*innen den Nachwuchs zu entziehen.

2. Nicht jeder Anschlag kann verhindert werden!

Einzelne Anschläge sind kein Kriterium für die Bewertung einer Präventionsstrategie, da es keine absolute Sicherheit geben kann. Der oft angeführte Dresdner Fall verdeutlicht dies im Besonderen. Das Deradikalisierungsprogramm kann immer nur ein auf lange Zusammenarbeit ausgerichtetes Angebot sein und nicht kurzfristig wirken. Beim Dresdener Fall bspw. fehlte anfänglich die Bereitschaft des Klienten zur Kooperation, sodass im weiteren Verlauf – dann auch aufgrund der erschwerten Zugangsbedingungen im Rahmen der Pandemie – die Intensivbetreuung erst kurz vor der Haftentlassung begonnen werden konnte. Der Fall wurde stets von allen eng kooperierenden Akteur*innen als gefahrenrelevant eingestuft, zu keinem Zeitpunkt aber gab es einen Hinweis auf die konkrete Planung einer Straftat. Die politisch geforderte lückenlose polizeiliche Begleitung von Gefährder*innen wirkt nur, solange diese extrem aufwändigen Maßnahmen anhalten. Eine Deradikalisierungsarbeit in unserem Sinne ist in diesem Rahmen nicht mehr möglich, was neue Gefährdungsrisiken schaffen kann.

3. Die aktuellen Auswirkungen von Corona auf die Beratungsarbeit (Tertiärprävention)

Im Bereich der Tertiärprävention mussten die Kontakte zu bekannten gefahrenrelevanten Personen vereinzelt eingeschränkt werden. Zudem erschwerte die Situation die Möglichkeit, neue Zugangswege zu potenziellen Klient*innen zu etablieren. So konnten Schulen wegen ihrer zwischenzeitlichen Schließung Fälle nicht melden. In der Beratungsarbeit selbst sind Online-Formate nur bedingt zielführend, da für den Beziehungsaufbau eine persönliche Begegnung essenziell ist. Für die Klient*innen kam es durch die einschränkenden Maßnahmen zu einer Verschlechterung ihrer persönlichen Situation (soziale Isolation, Zukunftsängste, allgemeine Verunsicherung), die psychische Folgen nach sich ziehen kann. Beobachtet wurde zudem eine höhere Anfälligkeit für Verschwörungsnarrative und eine damit einhergehende höhere Rückfälligkeit zu einem geschlossenen und vereinfachten Weltbild. Menschen, die sich radikalisiert haben, haben die Brücken zu vorherigen Beziehungen und zur Gesellschaft gekappt. Da die Möglichkeiten der sozialen Integration (Bildung, Job etc.) stark beeinträchtigt waren, wurde der Brückenbau zur Gesellschaft erschwert. Gerade in dieser Zeit waren die Praktiker*innen in manchen Fällen die einzigen Ansprechpersonen für die Klient*innen. Trotz des Infektionsrisikos, der Quarantänemaßnahmen und der Unsicherheiten bezüglich der Arbeitsplatzsituation, haben die Praktiker*innen diese Herausforderung angenommen und den betroffenen Personen geholfen, diese schwierige Zeit zu bewältigen.

4. Die Auswirkungen der Pandemie auf die islamistische Szene und die zukünftige Deradikalisierungsarbeit

Der Extremismus kennt keinen Lockdown. Extremistische Milieus nutzen die gesellschaftliche Verunsicherung weiterhin ohne Unterlass für Rekrutierungs- und Aktivierungsstrategien. Individuelle Perspektivlosigkeit und Unsicherheit sind dabei hohe Risikofaktoren in der praktischen Distanzierungsarbeit. Aufgrund der Tatsache, dass die Fachkräfte verschiedener Institutionen (Schule, Sozialarbeit etc.) keinen direkten Kontakt zu den Jugendlichen hatten, konnte das Frühwarnsystem seine Funktion nicht vollumfänglich erfüllen. Darauf kann zurückgeführt werden, dass in der letzten Zeit weniger Fälle gemeldet wurden. Während der Pandemie kam es zwar zahlenmäßig nicht zu mehr Beratungsfällen – die vorhandenen haben jedoch an Intensität zugenommen.

In der pandemiebedingten Situation zeichnete sich noch einmal deutlich ab, was bereits vorher bekannt war: Globale Konflikte (Pandemie, Diskussion über Meinungsfreiheit, Terroranschläge etc.) haben unmittelbare Auswirkungen auf die praktische Arbeit der Tertiärprävention und können u. a. die Anschlagsgefahr erhöhen. Aufgrund der Pandemie gab es in letzter Zeit, trotz grundsätzlicher Terrorgefahr, eine geringere öffentliche Aufmerksamkeit für diesen Bereich. Da Anschläge aus Sicht von Extremist*innen nur dann Sinn ergeben, wenn eine Öffentlichkeit existiert, die diese auch wahrnimmt, muss parallel zu den Lockerungen die Szene von allen extremistischen Akteur*innen wieder genau in den Blick genommen werden.

5. Perspektiven für die Deradikalisierungsarbeit in Deutschland

Die Pandemie hat verdeutlicht, dass neue und verlässliche Zugangswege zur Zielgruppe eruiert und ausgebaut werden müssen, die auch in Krisenzeiten wirken. Weiterhin hat sich erneut der Stellenwert von persönlichen Begegnungen als Grundlage der Beziehungsarbeit gezeigt. Dies muss in Krisenzeiten unbedingt aufrechterhalten und intensiviert werden, was besonders flexible Arbeitsansätze aller Akteur*innen erfordert. In Bezug auf die islamistische Szene müssen aktuelle Rekrutierungsstrategien zeitnah analysiert und in die Beratungsarbeit unmittelbar einbezogen werden. Um weiterhin eine nachhaltige und erfolgreiche Präventionsarbeit gewährleisten zu können, die auch auf die Auswirkungen der Pandemie adäquat reagiert, bedarf es einer verstetigten und nachhaltigen Förderung der bereits gut funktionierenden und etablierten Strukturen und Angebote in Deutschland.

Kontakt: Thomas Mücke, thomas.muecke@violence-prevention-network.de

Violence Prevention Network gGmbH ist ein Verbund erfahrener Fachkräfte, die seit zwei Jahrzehnten mit Erfolg in der Extremismusprävention sowie der Deradikalisierung tätig sind. Durch seine Arbeit mit rechtsextremistisch und islamistisch Gefährdeten sowie Radikalisierten hat sich das Team von Violence Prevention Network über Jahre eine europaweit anerkannte Expertise im Bereich der Arbeit mit ideologisch motivierten Straftäter*innen erworben. Über 100 Mitarbeiter*innen sind aktuell in acht Bundesländern sowie im europäischen Ausland für Violence Prevention Network gGmbH tätig. Neben den klassischen Ansätzen der Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung setzt die NGO seit 2016 auch Projekte im Online-/Social Media-Bereich um.